

Interpellation Rolf Zbinden (PdA): „Bern drückt sich um Entscheid über Minarett-Plakat“ (BZ, 15.10.09) – Was soll der Affentanz um die rassistische Hasspropaganda?

Manche Schweizer Städte haben mittlerweile die Nase voll von den fremdenfeindlichen Provokationen auf Plakatwänden. Sie reagieren. Und sie argumentieren politisch: „Die Plakate transportieren rassistische, respektlose und gefährliche Bilder“, äussert sich beispielsweise die Lausanner Exekutive (Der Bund vom 8.10.2009) in aller Klarheit und Deutlichkeit zum diffamierenden Anti-Minarett-Plakat und begründet damit ihren Entscheid, solche Plakate nicht im öffentlichen Raum auszuhängen.

Und Bern? Der Berner Gemeinderat wartet. Er wartet zuerst einmal auf eine einheitliche Haltung des Schweizerischen Städteverbandes – wie dieser Entscheid auch immer ausfallen sollte! Und schliesslich überlässt es der Gemeinderat dem respektfreien Markt der kommerzialisierten Propaganda und belässt es bei einer Empfehlung.

Ausweichen, „aushöckeln“, abwiegeln – auch das ist Politik. Eine gefährliche Politik, wie uns scheint, angesichts einer politischen Propaganda, die ihre Referenz gegenüber dem symbolischen Repertoire des historischen Faschismus gar nicht mehr zu verheimlichen versucht und offen und öffentlich schon zur Vertreibung Schwarzer Schafe und zum „Marsch auf Bern“ aufgerufen hat. Und was tat, was tut der Berner Gemeinderat?

Vielleicht hat der Gemeinderat ja in Geheimverhandlungen mit der Plakatgesellschaft und den Initianten eine Berner „Kompromisslösung“ herausgeholt. Die xenophobe Koalition wird es nicht gross kratzen: Ihrer offen rassistischen Provokation hat der Berner Gemeinderat nicht politisch und damit öffentlich Paroli geboten. Wer kann ihm das abnehmen?

Die PdA Bern verlangt vom Berner Gemeinderat folgende Auskünfte:

1. Wie gedenkt der Gemeinderat seine Zurückhaltung gegenüber einer offen rassistischen Propaganda mit der antirassistischen Haltung zu vermitteln, die der Berner Stadtrat in mehreren Abstimmungen bekräftigt hat?
2. Wie gedenkt der Berner Gemeinderat seine missverständliche Haltung der Berner Bevölkerung zu kommunizieren – auch jenen Teilen, die zwar hier leben, arbeiten und Steuern bezahlen, aber ihn nicht wählen dürfen?
3. Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, um klar zu stellen, dass in Bern rassistische Propaganda keinen Platz hat?

Begründung der Dringlichkeit:

Angesichts des nahen Abstimmungstermins verträgt die Beantwortung der Interpellation keinen Aufschub.

Bern, 15. Oktober 2009

Interpellation Rolf Zbinden (PdA), Luzius Theiler, Lea Bill, Rahel Ruch, Regula Fischer

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat teilt die Auffassung des Interpellanten nicht, wonach er gegenüber dem Aushang der umstrittenen Anti-Minarett-Plakate eine unangemessene Zurückhaltung gezeigt habe. Der Gemeinderat verwahrt sich gegen die Unterstellung, er sei der durch die Anti-Minarett-Plakate zum Ausdruck gebrachten Haltung nicht entschieden entgegengetreten. Vielmehr nahm einerseits der Stadtpräsident in Interviews bereits zu einem frühen Zeitpunkt pointiert und prominent gegen die Plakate Stellung in den Medien. Andererseits bezog der Gemeinderat gegenüber der APG, welche rechtlich und faktisch zuständig war und ist für den Plakataushang in der Stadt Bern, dezidiert Stellung und empfahl ihr, auf den Aushang der umstrittenen Plakate zu verzichten. Der Gemeinderat machte seine Haltung am 14. Oktober 2009 durch eine ausführliche Medienmitteilung, die in der Presse breite Aufnahme fand, der Öffentlichkeit kund. Dabei wies der Gemeinderat ausdrücklich darauf hin, dass er die Auffassung der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) teilte, wonach die Plakate eine Minderheit pauschal verunglimpften und diffamierten, Vorurteile nährten und Ängste schürten. Er machte deutlich, dass für ihn der Schutz der schweizerischen Gesellschaft vor Hass schürender Agitation und die Wahrung des sozialen und öffentlichen Friedens wichtig sind. Die vom Gemeinderat unmissverständlich zum Ausdruck gebrachte Haltung ist konform mit den vom Stadtrat geäusserten Mehrheitsmeinungen in solchen Fragen. Der Gemeinderat hatte schlicht keine rechtlichen Möglichkeiten, der APG den Aushang der umstrittenen Plakate zu verbieten. Soweit es ihm möglich war, machte der Gemeinderat von den ihm zur Verfügung stehenden Interventionsinstrumenten Gebrauch.

Zu Frage 2:

Die Haltung des Gemeinderats zu den umstrittenen Plakaten war absolut unmissverständlich und der Öffentlichkeit bekannt. Die Frage ist deshalb obsolet.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat hat im konkreten Fall insbesondere durch die ausführliche und dezidierte Medienmitteilung vom 14. Oktober 2009 der Bevölkerung mitgeteilt, dass er rassistische Propaganda nicht toleriert. Im Übrigen ist die Stadt Bern seit Mai 2009 Mitglied der UNESCO-Städtekoalition gegen Rassismus. In diesem Zusammenhang hat die Stadtverwaltung auch einen 10-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus inklusive Massnahmeplan erarbeitet. Zudem beteiligt sich die Stadt Bern auch in den Jahren 2010 - 2012 am interkommunalen Projekt ggffon - gemeinsam gegen Rassismus.

Bern, 3. Februar 2010

Der Gemeinderat